

Der „Briefetal-Bote“ erscheint wöchentlich, Donnerstags und Sonnabends. Der Abonnementspreis beträgt für das Vierteljahr 1,80 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach unten des Postbezirks.

Briefetal-Bote

Abgelesen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Poststraße 5 und von allen Abzuges-Orten ankommen. Die telegraphische Preisliste folgt 0 Pfennig, die Restanteile 20 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neunspaltige Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 65. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonntag, den 26. April 1925 Postfach-Konto Berlin 69 448. 24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die für den 17. Mai in Aussicht genommene Neuwahl der Gemeindevertretung läßt sich wegen der durch die Landgemeinde-Ordnung vorgeschriebenen Wahrung der Fristen nicht ermöglichen und wird deshalb auf den 24. Mai 1925 verlegt.

Zu der am 24. Mai d. J. stattfindenden Neuwahl der Gemeindevertretung der Gemeinde Borgsdorf fordere ich hiermit zur Einreichung der Wahlorschläge auf. Die Wahlorschläge sind spätestens bis zum 7. Mai d. J. schriftlich dem unterzeichneten Gemeindevorsteher einzureichen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am 3. Tage nach Ablauf der Frist eingegangene Erklärung bestätigt wird.

Die Wahlorschläge müssen von mindestens 10 in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie können eine beliebige Anzahl von Wählern enthalten.

In den Wahlorschlägen sollen die Bewerber mit Vor- und Nachnamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben sein, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Unterzeichner der Wahlorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes, Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Mit den Wahlorschlägen sind einzureichen:

1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am 3. Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzuhandeln.
2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und nicht nach den Bestimmungen des Gemeindevahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlorschlages in der Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlzettel versehen sind.

Jeder Wahlorschlag soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlorschlägen deutlich unterscheidet. Jreführende Kennwörter sind unzulässig.

In jedem Wahlorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bescheinigung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Eine Verbindung von Wahlorschlägen findet nicht statt. Borgsdorf, den 25. April 1925. Der Gemeindevorsteher, Seefeldt.

Was gibt es Neues?

- Hindenburg bezieht sich an diesem Sonntagabend auf einige Tage ans Land.

- Der Parteitag der belgischen Sozialisten beschloß mit 418 gegen 178 Stimmen, die Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts einzustellen.

- Briand beabsichtigt in der ersten Maiwoche zu einer Besprechung mit Chamberlain nach London zu reisen.

- Der bulgarische Kommunistenführer Dimitir Schintuloff, wurde in seiner Wohnung von Polizisten, die ihn festnehmen wollten, erschossen.

- Der Vertreter Griechenlands Grindaris erhielt von seiner Regierung die Vollmacht zur Unterzeichnung des türkisch-griechischen Abkommens, durch welches alle gegenwärtigen Streitfragen zwischen beiden Staaten geregelt werden.

- Der neue russische Botschafter Kergenzow ist in Rom eingetroffen.

Die drohende Donauföderation.

Zu den Problemen, die der Abschluß des Weltkrieges gebracht hat, gehört auch die Frage, was aus Österreich werden soll. Die deutschen Bestrebungen des ehemaligen Habsburgerreiches hängen heute in der Luft. Der Versailler Frieden machte zunächst einen dicken Strich durch die Rechnung davor, die in dem Anschluß Österreichs an Deutschland die beste Lösung sahen. Der Anschlußgedanke war damit freilich noch nicht tot, wenn man ihn auch vorläufig noch nicht in die Tat umsetzen konnte. Jetzt droht ihm indessen ein neuer schwerer Schlag. Die „Donauföderation“ geht wieder einmal um, und zwar diesmal in sehr bedrohlichen Formen, gerade weil man so schnell ist, nur wirtschaftliche Ziele anzustreben, die freilich einer politischen Bindung aufs beste den Weg ebnen.

Der ehemalige Bundeskanzler Seipel hat kürzlich in Köln über diese Frage gesprochen und dabei offenbar nicht nachsichtlich zwischen wirtschaftlichen und politischen Bindungen unterschieden. Eine weitere Rede vor dem christlich-sozialen Landesparlament gibt einen noch etwas tieferen Einblick in die wirklichen Absichten der gegenwärtigen österreichischen Regierung, besonders des durchaus nicht deutschlandfreundlichen Außenministers Mataja. Zur Hauptaufgabe des Ra-

tionarates hat denn auch der Bundeskanzler Kamel mitgeteilt, daß die Regierung an den Rat des Völkerbundes ein Ersuchen gerichtet habe, die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse rings um Oesterreich eingehend zu prüfen. Mataja ist in Paris und Rom gewesen und hat offenbar dort verfußt, für eine Zoll- und Wirtschaftsunion in Stimmung zu machen, aus der das deutsche Reich auszuschließen wäre. In den nachfolgenden sind bekanntlich starke Widersprüche vorhanden. Südspanien wehrt sich offen gegen den Plan, die Tschechoslowakei mit allerlei Hintertupen. Denn da die „Donauföderation“ eine Stärkung der deutsch-böhmischen Industrie bringen würde, ist sie den Tschechen innerpolitisch nicht besonders erwünscht, dazu kommen die alten Ressentiments gegen Wien. Andererseits liegt dieser Plan durchaus in der Richtung der französischen Interessen, und ob in England die Erkenntnis genügend verbreitet ist, daß die Donauföderation den englischen (und amerikanischen) Interessen zuwiderläuft, ist vorläufig noch zweifelhaft.

Daß trotz oder wegen der staatlichen Sanierung die ökonomische Wirtschaft zugrunde geht, ist wohl auch Seipel nicht verborgen geblieben. Er ist auch jetzt durchaus der Führer zu der neuen „Sanierung“, die Sympathien liegen weiter. Auf diesem Wege werden ihm natürlich die Großdeutschen, die ihm bei der Sanierung geholfen haben, um einer Aufteilung Oesterreichs vorzubeugen, nicht folgen. Sie haben für ihre Ablehnung der Donauföderation mit Ausschluß Deutschlands nicht nur ihre selbstverständlichen politischen Interessen, sondern auch zwingende wirtschaftspolitische Gründe, denn ohne Deutschland als großes wirtschaftliches Hinterland für den Export und Import ist auch eine auf die nachfolgenden beschränkte Donauföderation auf die Dauer lebensunfähig. Mit Einbeziehung Deutschlands (und Italiens) würde dieses auf den Trümmern des alten Donauraumes neuerstehende wirtschaftspolitisch geeinte Mitteleuropa nicht nur lebensfähig, sondern so entwicklungsfähig sein, daß auch die Gläubiger Europas mehr an diesem großen Wirtschafts- und Staatsgebilde als an einer künstlichen französischen Hegemoniepläne entpflanzten, deutschfeindlichen Konstellation Interesse haben.

Jarres für Hindenburg.

Massenkundgebung im Berliner Sportpalast.

Der Reichsblock veranstaltete am Donnerstag im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung für Hindenburg bei der Dr. Jarres die Hauptrede hielt. Schon eine Stunde vor Beginn der Kundgebung des Reichsblocks mußten die Tore des Sportpalastes geschlossen werden. Tausende verammelten sich auf dem Vorplatz zu einer Parallelsammlung. 15 000 bis 20 000 Personen füllten den weiten Raum des Sportpalastes, etwa ebenso viel mußten auf dem Vorplatz verammelt sein, während weitere Tausende noch nicht einmal in den Vorplatz hineinbringen konnten; sie füllten in dichten Scharen noch die Potsdamerstraße und die umliegenden Straßenzüge. Der Saal und die Rednertribüne im Sportpalast waren mit schwarz-weißem Fahmentuch reich geschmückt. Vor der Rednertribüne erhob sich zwischen Lorbeerbäumen eine Kolossal-Bühne Hindenburgs. Militärkapellen leiteten die Kundgebung ein, während über 200 Fahnen von Verbänden einbogen. Nach einem Vorpruch Paul Barnades begrüßte Abg. Laverenz im Namen des Reichsblocks Großberlin die Versammelten. Mit besonderer Wärme begrüßte er Dr. Jarres, dem von der Versammlung hürnische Ovationen dargebracht wurden.

Die Rede von Dr. Jarres.

Dann ergriff Dr. Jarres das Wort zu seiner Rede, der einzigen, die er in diesem Wahlgange hielt. Er schilderte, wie ihn unerwartet die Ehre zuteil geworden sei, im ersten Wahlgange für die Präsidenschaft zu kandidieren. Dann fuhr er fort:

Was im ersten Wahlgange nicht vollkommen gelang, konnte und sollte nach unserem Willen im zweiten Wahlgange nach Kräften erstritten werden. Von mir wußte man, daß meine Person kein Hindernis für eine Verständigung bilden würde. Aber der Part zwischen Zentrum und Sozialdemokraten war bereits grundtiefst festgelegt, das Gesicht läßt fertig und bedurfte nach dem ersten Wahlgang nur noch des roten preußischen Stempels. Wir flagen die Parteien der Weimarer Koalition an, daß sie die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes zum Gegenstand eines politischen Lausgeschäfts herabwürdigten haben. Durch dieses Vorgehen wird der Sinn der Verfassung in sein Gegenteil verkehrt. Angesichts dieses unaufrichtigen Wahlumstüßes ergab sich für uns nur noch ein stärkerer die Notwendigkeit, unsere Kampfrufen nach Möglichkeit zu verbreiten.

Ich empfinde es als eine Ehre, im ersten Wahlgang in der Presse gestanden zu haben. Nunmehr mache ich einem Großherren, dem besten deutschen Manne, Frau, Ein-

wendung ist und wird uns zum Siege führen. In ihm verkörpert sich unser Programm.

Dr. Jarres verwies dann auf die Erklärung Hindenburgs in Hannover und bemerkt hierzu:

Wer es nach diesen Erklärungen, die sich mit der grundsätzlichen Einstellung des Reichsblocks decken, noch fernert, der betrübt dem Reich als einen „Militaristen“ hinaustreten, der betrübt dem Reich als einen „Militaristen“ hinaustreten, der betrübt dem Reich als einen „Militaristen“ hinaustreten.

... Wenn ein Hindenburg die Verfassung beschwört, so hält er diesen Eid, wie er immer sein Wort in keinem ganzen Leben gehalten hat.

Wir leben in der Verfassung von Weimar nicht das Ideal unserer staatsrechtlichen Ordnung. Aber nur auf organischen und gesetzlichem Wege kann das deutsche Volk seiner Verfassung diejenige Gestalt geben, die am besten seinen Lebensbedürfnissen entspricht.

Wir wünschen an der Spitze des deutschen Reiches eine Persönlichkeit zu sehen, die außerhalb des Parteibetriebes Herkunft und des Berufes der Person, der Herkunft, Kultur und Wirtschaft fördert, Ordnung und Ehre fördert, den Frieden unter den Völkern und unter den Völkern fördert, für gerechten und sozialen Ausgleich sorgt und das Reich mit Würde vertritt. In unserem Hindenburg haben wir diesen Mann. Er ist nicht der politische Befähigung irgendeiner Partei oder irgendeiner Parteifraktion.

Mit Stolz hat es mich erfüllt, daß mir der treue Gehorsam des deutschen Volkes beim ersten Wahlgang seinen Segensspruch mit auf den Weg gab. Heute geht mein Mahnruf von meinen Lippen und meinem Herzen an das deutsche Volk, diesem würdigen Bannerträger unserer großen vaterländischen Sache zu folgen. Die Millionen werden bei der ersten Wahl mich mit ihrem Vertrauen beehren haben, werden - so bin ich überzeugt - meiner Parole folgen: Jede Stimme, die ich am 29. März erhalten habe, gehört am 26. April Hindenburg.

Aber das genügt nicht. Das Heer der Nichtwähler, der Gleichgültigen und Kauen, die sich im ersten Wahlgang abseits hielten, auf ihr Wahlrecht verzichteten, gilt es jetzt, mobil zu machen. Sie stehen durchweg auf unserem politischen Boden. Solche Gleichgültigkeit mag bei der Ungeheuerlichkeit des ersten Wahlganges verzeihlich erscheinen; jetzt aber, wo es um die Entscheidung geht, würde sie zu einer schmerzlichen Bescheidung am Volke werden.

Die Rede wurde mit hürnigem langhaltendem Beifall aufgenommen. Nach Besichtigung vaterländischer Lichtbilder sprachen noch für die Wirtschaftspartei der Abg. Drewhil, für die Deutschpolitische Freiheitsbewegung der Abg. Kube und für die Frauen des Reichsblocks Innagrette Lehmann, für die vaterländischen Verbände Frhr. v. Medem, ferner der deutschnationalen Abg. Waltraf. Das Schlusswort sprach der deutschvolksparteiliche Abg. Dr. Curtius.

Marg über die konfessionelle Frage.

Eine Rede in Stuttgart.

Der Präsidenschaftskandidat des Volksblocks Marg hielt im Festsaal der Lieberhalle in Stuttgart eine Rede in der er sich insbesondere über die konfessionelle Frage äußerte.

Nach einer kurzen Einleitung ging Marg auf die aus evangelischen Kreisen laut gewordenen Bedenken wegen seiner Zugehörigkeit zur katholischen Kirche ein, denen er die Erklärung gegenüberstellte, daß die konfessionellen Fragen in der Weimarer Verfassung in einer Weise geregelt seien, die einen großen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand darstelle. In konfessioneller Beziehung habe die Weimarer Verfassung einen Zustand im Deutschen Reich geschaffen, der durch seine Überlegenheit und dem Ziele entspreche, das von ihm schon vor der Revolution in Preußen erstrebt worden sei. Mit dem Ergebnis: Wir wollen uns in politischen Leben über alle Anschauungsfragen hinweg die Hände reichen und unsere ganze Kraft und unser Herzblut einsetzen für das Wohl unseres deutschen Vaterlandes, beendete Marg seine mit begeistertem Beifall aufgenommene Rede.

Die Rundfunttreden.

Ein letzter Appell an die Wähler. Die Präsidenschaftskandidaten haben Freitagabend noch einmal durch den Rundfunk zum deutschen Volke gesprochen.

Die Rede Hindenburgs

begann mit Worten des Dankes an die vielen Tausende, die ihm in den letzten Tagen mündlich oder schriftlich ihr Vertrauen ausgesprochen hätten. Nach einer Mahnung zur Einigkeit leitete er dann in der Rede Hindenburgs weiter: Deutschland ist in der großen Entscheidung des Weltkrieges unterlegen. Das deutsche Volk ist entschlossen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und